

Bürgerklub-Tirol
im Tiroler Landtag
Eduard Wallnöfer Platz 3
A-6020 Innsbruck

Tel.: 0043-512-508-3122
fritz.gurgiser@buergerklub-tirol.at
thomas.schnitzer@buergerklub-tirol.at
www.buergerklub-tirol.at



DRINGLICHKEITSANTRAG

des **Bürgerklub-Tirol** der Abgeordneten **Fritz Gurgiser** und **Thomas Schnitzer**

betreffend: **Die Investitionskraft der Tiroler Gemeinden stärken**

Der Bürgerklub Tirol und die unterzeichnenden Abgeordneten stellen den

DRINGLICHEN ANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, zur Absicherung der Investitionskraft der Tiroler Gemeinden und damit zur Sicherung regionaler Arbeitsplätze in allen Handwerks- und Gewerbebranchen samt der damit zusammenhängenden Steuern und Abgaben bereits im Budget 2011 ein langfristiges Gemeindeförder- und Investitionsprogramm für den Bereich „Sanierung bestehender öffentlicher Einrichtungen“ vorzusehen (bspw. Sanierung von Altbeständen in Bezug auf klimarelevante, technische und ausstattungsmäßige Erneuerungen, Adaptierungen bzw. Modernisierungen)“.

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Finanzausschuss**, Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten zugewiesen werden.

Begründung

Die Tiroler Gemeinden bilden mit sehr vielen Klein- und Mittelbetrieben aller Branchen das Rückgrat der Beschäftigung in den Regionen Tirols. Sie tragen damit wesentlich dazu bei, dass das Auspendeln der Arbeitnehmerinnen in Grenzen gehalten wird und dies wiederum der Familienfreundlichkeit des Landes entgegenkommt, („familienfreundlichstes Land“!), das Dorf- und Vereinsleben aufrecht erhalten werden kann, Steuern und Abgaben zurückfließen und die Kaufkraft im Ort erhalten bleibt.

Um den Tiroler Gemeinden als maßgebliche Investitions-, Arbeitsplatz- und Wirtschaftsmotoren unseres Landes Tirol diese Aufgabe weiter zu ermöglichen bzw. sie darin zu bestärken, ist ein langfristig abgesichertes Investitions- und Förderprogramm

durch das Land Tirol notwendig. Ebenso sollten sämtliche Möglichkeiten der Co-Finanzierung durch Bund und Europäische Gemeinschaft intensiv genutzt werden.

Dieses Programm stellt vorrangig auf Erneuerung, Adaptierung bzw. Modernisierung öffentlicher baulicher Altbestände ab (beispielhaft seien angeführt: Gemeindeämter, Vereinsheime, Kindergärten, Schulen, Kanalisation, Sport- und Kultureinrichtungen, Wohn- und Siedlungsbau etc.).

Ein derartiges Gemeindeförder- und Investitionsprogramm stellt aus unserer Sicht einen wesentlichen **Eckpfeiler zur Sanierung der Gemeinde-, Landes- und Bundesfinanzen** dar.

Jeder verlorene Arbeitsplatz und jeder geschlossene Betrieb führen dazu, dass (durch den Wegfall von Steuern und Abgaben dieser Betriebe sowie anderer Beiträge wie Sozialversicherung, Wohnbauförderungsbeitrag etc.) die Mittel für sämtliche gesellschafts-, sozial- und familienpolitischen Aufgaben sinken. Die Schere zwischen „steigenden Staatsausgaben und sinkenden Staatseinnahmen“ öffnet sich weiter. Diese Entwicklung stellt die Erfüllung der staatlichen Aufgaben grundsätzlich in Frage.

Ein derartiges Gemeindeförder- und Investitionsprogramm ist aus unserer Sicht auch als notwendiges „**Ausgleichsprogramm**“ dafür zu sehen, dass den Gemeinden von Land und Bund – sowohl im ländlichen als auch im städtischen Bereich – immer mehr finanzielle Lasten aufgebürdet werden: Angefangen von der Kinderbetreuung über den Erhalt der Infrastruktur bis hin zur Altenpflege, ohne dies weiter auszuführen.

Ein derartiges Gemeindeförder- und Investitionsprogramm stellt aus unserer Sicht einen **wesentlichen Beitrag zur Abmilderung der seit rund zwei Jahren anhaltenden Systemkrise** dar, da eine funktionierende Kreislauf- und Regionalwirtschaft weit weniger anfällig gegen internationales Preis- und Auftragsdumping ist, als dies bspw. bei großen, europaweit auszuschreibenden Auftragsvergaben der Fall ist.

„Jeder Cent und jeder Euro Steuergeld, der in die eigene Regionalwirtschaft fließt, kommt vielfach zurück, stärkt den Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort Tirol und ist ein Beitrag auf dem Weg zum familienfreundlichsten Bundesland“, deshalb bitten wir, diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung zu geben, um ausreichend Zeit zu haben, ein derartiges Programm bis zu den Budgetverhandlungen auszuarbeiten.

Kosten: Je nach Höhe des noch auszuarbeitenden Programms

Nutzen: Rückfluss von Steuern, Abgaben und anderen Beiträgen

Begünstigtenkreis: ArbeitnehmerInnen in den Klein- und Mittelbetrieben, Gemeinden, Familien, Vereine etc.

Innsbruck, am 20. Juni 2010

 